

Amtsblatt

für den

Landkreis Hannover

H 20151

JAHRGANG 2000

HANNOVER, DEN 20. JANUAR 2000

NR. 3

INHALT	SEITE
A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER	
Vereinbarung über die Durchführung von Prüfungsaufgaben im Zusammenhang mit der Automation	36
B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN	
1. Stadt Laatzen	
Gebührenordnung für die Musikschule der Stadt Laatzen	37
2. Stadt Pattensen	
1. Änderung der „Satzung der Stadt Pattensen über die Festlegung der Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Vardegötzen“; Inkraftsetzung gem. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)	38
3. Gemeinde Wedemark	
Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 11/09 im Ortsteil Mellendorf	39
C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN	
— — —	

60
zum Verbleibe

§ 1 Nr. 3

Eine Unterrichtsstunde dauert in der Regel 45 Minuten, eine halbe Unterrichtsstunde 30 Minuten. In der Musikalischen Früherziehung werden 60 Minuten unterrichtet bei mindestens 34 Unterrichtsstunden/Jahr.

§ 1 Nr. 4

Die Gebühren sind vierteljährlich zu Beginn eines Quartals im Voraus zu zahlen.

§ 1 Nr. 5

Bei der Gebührenfestsetzung ist bereits berücksichtigt, daß während der Schulferien der allgemeinbildenden Schulen auch in der Musikschule kein Unterricht erteilt wird.

§ 1 Nr. 6

Gebührenpflichtig sind die Schülerin/der Schüler oder die gesetzlichen Vertreter.

§ 1 Nr. 7

Die Schülerin/der Schüler kann vom Besuch der Musikschule ausgeschlossen werden, wenn die Unterrichtsgebühr nicht binnen vier Wochen nach Fälligkeit bezahlt ist.

§ 1 Nr. 8

Ein Rechtsanspruch auf Fortführung eines Gruppenunterrichtes als Einzelperson besteht nicht. Dies gilt auch, wenn die erforderliche Gruppenstärke nicht erreicht wird.

§ 2

Ermäßigung und Erlaß der Unterrichtsgebühren

1. Für Stundung, Niederschlagung und Erlaß der Gebühren gelten die gesetzlichen und sonstigen Vorschriften.
2. Stellt die Erhebung der Gebühr im Einzelfalle eine unbillige Härte dar, kann sie ganz oder teilweise auf Antrag mit Einkommensnachweis **für Laatzener Schülerinnen und Schüler erlassen werden.** Die Ermäßigung ist auf das Kalenderjahr befristet und muß jährlich neu beantragt werden. Sollte sich an der finanziellen Situation des Antragstellers etwas ändern, ist dies umgehend der Verwaltung der Musikschule schriftlich mitzuteilen.
3. Besuchen Geschwisterkinder diese Schule, so erhalten sie eine Ermäßigung. Dies gilt nicht für den Besuch von Workshops und der Bläserklasse. Die Gebühr ermäßigt sich für das 2. Kind um 20 v. H.; für das 3. Kind um 40 v. H.; für das 4. Kind um 60 v. H.; für das 5. um 80 v. H.; für das 6. und alle weiteren Kinder um 100 v. H. Die Reihenfolge beginnt bei dem an Lebensjahren ältesten Geschwisterkind.
4. Zur Orientierung einer Schülerin/eines Schülers auf ein weiteres Instrument wird einmal für den Zeitraum von sechs Monaten eine Mehrfächerermäßigung gewährt. Für das 1. und 2. Instrument wird dazu die Gebühr um 15 % gesenkt.
5. Ermäßigungen werden grundsätzlich in der Weise gewährt, daß in der Rangfolge Sozial-, Geschwister- und Mehrfächerermäßigungsbeträge nacheinander von der jeweils verbleibenden Zwischensumme berechnet werden.
6. Auswärtigen Schülerinnen und Schülern wird die Ermäßigung grundsätzlich nicht gewährt.

§ 3

Rückzahlung von Unterrichtsgebühren

1. Versäumte Unterrichtsstunden sind grundsätzlich gebührenpflichtig. Ist die Schülerin/der Schüler

länger als einen Monat verhindert, kann sie/er in begründeten Fällen (bei Krankheit) bis zu zwei Monaten gebührenfrei beurlaubt werden, sofern die Verwaltung der Musikschule unverzüglich schriftlich benachrichtigt wurde (ärztliches Attest).

2. Ist eine Lehrkraft verhindert, so wird die Unterrichtsgebühr nur dann erstattet, wenn mehr als zwei Unterrichtsstunden ausfallen und sie nicht bis zum Ende des Kalenderjahres angemessen vertreten oder nachgegeben werden. Die Gebühr wird dann von der dritten ausgefallenen Stunde an gerechnet am Ende des Kalenderjahres auf schriftlichen Antrag zurückerstattet. Ausgenommen bleiben Erstattungsbeträge unter 10,00 DM (5,11 Euro). Die gleiche Regelung findet bei Unterrichtsausfall durch höhere Gewalt, Streiks u. ä. Anwendung.

§ 4

Nutzungsgebühr

Für die Benutzung schuleigener Instrumente wird eine monatliche Nutzungsgebühr von 15,00 DM (7,67 Euro) erhoben. Bei einer langfristigen Nutzung erhöht sich dieser Betrag ab dem 7. Monat auf jeweils 25,00 DM (12,78 Euro). Hierin ist keine Instrumentenversicherung enthalten.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. 8. 2000 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührenordnung für die Musikschule der Stadt Laatzten in der Fassung vom 18. 12. 1997 außer Kraft.

Laatzten, den 16. 12. 1999

STADT LAATZEN

Hauke Jagau

L.S.

Bürgermeister

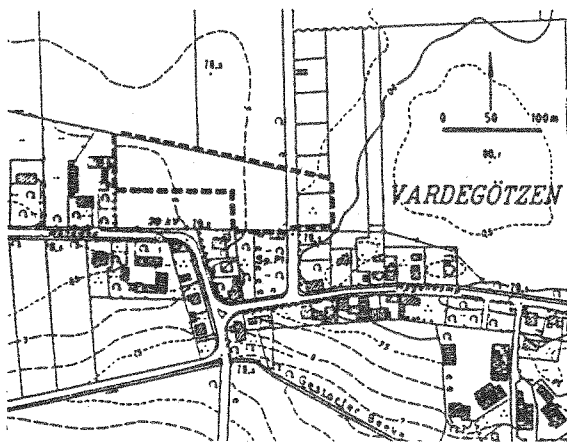
2. Stadt Pattensen

1. Änderung der „Satzung der Stadt Pattensen über die Festlegung der Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Vardegötzen“; Inkraftsetzung gem. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgrund des § 34 Abs. 4 BauGB und aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 16. 12. 1999 die 1. Änderung der „Satzung der Stadt Pattensen über die Festlegung der Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Vardegötzen“ und die Begründung beschlossen.

Die 1. Änderung der Satzung ist aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Pattensen entwickelt. Gem. § 34 Abs. 5 Satz 3 bedarf sie daher nicht der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Der **räumliche Geltungsbereich** der 1. Änderung der Satzung liegt am Nordrand von Vardegötzen. Er umfaßt Flächen östlich der landwirtschaftlichen Hofstellen auf der Nordseite des Wehewegs (K 201) bis an den vorhandenen Feldwirtschaftsweg und eine Bautiefe auf der Ostseite des Feldwirtschaftswegs. Die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 1. Änderung der Satzung ist in dem beigefügten Kartenausschnitt verdeutlicht.



Quelle: DGK5-Rasterdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung

Jedermann kann die 1. Änderung der „Satzung der Stadt Pattensen über die Festlegung der Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Vardegötzen“ und die Begründung dazu im Bauamt, Abt. für Stadtplanung und Umweltschutz, der Stadt Pattensen, Dienstgebäude Marienstraße 2, während der Sprechstunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des BauGB in der Neufassung vom 27. 8. 1997 (BGBl. I, S. 2141) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist.

Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB über die Entschädigung von durch die 1. Änderung der „Satzung der Stadt Pattensen über die Festlegung der Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Vardegötzen“ eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die 1. Änderung der „Satzung der Stadt Pattensen über die Festlegung der Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Vardegötzen“ in Kraft.

Pattensen, den 3. 1. 2000

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe

3. Gemeinde Wedemark

Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 11/09 im Ortsteil Mellendorf

Die Bezirksregierung Hannover hat die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 11/09 im Ortsteil Mellendorf gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) genehmigt (Verfügung vom 10. 12. 1999, Az.: 204.14-21101.2-11/09-53/18/99).

Der räumliche Geltungsbereich der Flächennutzungsplan-Änderung ist dem nachstehend veröffentlichten Übersichtsplan zu entnehmen.



Die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 11/09 und deren Erläuterungsbericht können bei der Gemeindeverwaltung – Bauamt –, Stargarder Straße 28, 30900 Wedemark-Mellendorf, während der Sprechzeiten eingesehen werden. Über deren Inhalt kann Auskunft verlangt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass

a) die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des BauGB (Fassung vom 27. 8. 1997, BGBl. I, S. 2141) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres und

b) Mängel der Abwägung unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren

seit dieser Bekanntmachung schriftlich, gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Hannover wird die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 11/09 rechtsverbindlich.

Wedemark, den 5. 1. 2000

GEMEINDE WEDEMARK
Der Bürgermeister
i.V. Schulz

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN